

AUSSENPOLITIK

# Mangel an Fachkräften

Im Rennen um den Chefposten des Weltwährungsfonds spricht alles für die Kandidatin Frankreichs – eine Schlappe für Kanzlerin Merkel. Wieder einmal gehen die Deutschen bei der Vergabe eines internationalen Jobs leer aus. Die deutsche Personalnot wird zum Standortproblem.

Regierungschefin Merkel

SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Wichtige Botschaften verkündet die Kanzlerin gern, wenn niemand damit rechnet. Mal kritisiert sie den Papst, wenn der kasachische Staatspräsident Nursultan Nasarbajew zu Besuch ist. Mal wählt sie ein Parteifest im sauerländischen Meschede, um Portugiesen, Griechen oder Italiener zu mehr Arbeitseifer anzuhalten.

Am vergangenen Donnerstag plauderte Angela Merkel mit dem moldauischen Ministerpräsidenten Vladimir Filat über die osteuropäische Unruheprovinz Transnistrien, als das Gespräch auf die derzeit wohl heißeste Personalfrage der internationalen Politik kam: die Nachfolge von Dominique Strauss-Kahn als Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF). „Wir sollten einen Europäer vorschlagen“, sagte Angela Merkel, und die anwesenden Journalisten wussten sofort, dass sie nun mitschreiben mussten. Wegen der „erheblichen Probleme mit dem Euro“, sagte Merkel, müsse jemand berufen werden, der mit den Verhältnissen auf dem Kontinent vertraut sei.

Es sollte ein Signal der Stärke sein, der Entschlossenheit Europas, den wichtigsten Finanzposten der Welt keinem Chinesen, Brasilianer oder Mexikaner zu überlassen. Tatsächlich war es ein Signal der Schwäche. Wieder einmal hat die Kanzlerin es nicht geschafft, einen Deutschen auf eine internationale Top-Position zu hieven.

Die Unfähigkeit der größten Wirtschaftsnation Europas, Spitzenpositionen in globalen Großorganisationen zu besetzen, ist mittlerweile zur Lachnummer der internationalen Diplomatie geworden. Ganz gleich, ob es um Führungsfunktionen in der Europäischen Union, bei den Vereinten Nationen oder den globalen Wirtschaftsorganisationen geht: Merkel ist es in ihrer bald sechs Jahre dauernden Kanzlerschaft nicht gelungen, auf höchster internationaler Ebene auch nur einen einzigen personalpolitischen Erfolg zu erzielen. Stattdessen gilt die alte Arbeitsteilung: Die Deutschen geben das Geld, den Chefposten besetzt ein Franzose.

Merkel hat es nicht nur versäumt, in ihrem Umfeld ein Reservoir international vorzeigbarer Kandidaten zu versammeln. Ihr mangelt es auch oft genug an der notwendigen Kaltschnäuzigkeit. Wo sie in der Innenpolitik durchaus zuzupacken versteht, handelt sie beim Rennen um internationale Spitzenpositionen allzu oft nach der Maxime: Zaudern, zagen, zögern, bis es zu spät ist.

Merkels Fachkräftemangel hat sich inzwischen zu einem echten Standortproblem ausgewachsen. Im Zuge der Globalisierung sind internationale Organisationen zunehmend wichtiger geworden. Der Bundesrepublik aber gelingt es immer seltener, ihre Interessen dort erfolgreich geltend zu machen. „Deutschland“, sagt der

frühere Außenminister Joschka Fischer, „versagt als Führungsmacht in Europa.“

Das gilt auch für das jüngste Personalgerangel um den IWF-Chefsessel. Kaum war klar geworden, dass Strauss-Kahn seinen Posten würde räumen müssen, holte sich die Kanzlerin Rat von ihren Vertrauten. War es an der Zeit, so lautete die Frage, einen deutschen Bewerber ins Rennen zu schicken? Die Bundesrepublik als drittgrößter IWF-Finanzier hätte jedes Recht gehabt, Ansprüche anzumelden, es gab auch vorzeigbare Kandidaten. Allein, die Kanzlerin und ihre Berater fanden an allen etwas auszusetzen.

Der frühere Finanzminister Peer Steinbrück zum Beispiel stand ganz oben auf ihrer Liste. Der Sozialdemokrat ist ein



TOBIAS SCHWARZ / REUTERS



JOHN THYS / AFP

**Außenpolitiker Steinmeier, Ashton**  
*Chance auf einen Spitzenposten vertan*

politisches Schwergewicht, hat eine passable Bilanz im Amt vorzuweisen und spricht fließend Englisch. Er ist einer der wenigen SPD-Politiker, die Merkel schätzt. Doch auf internationalem Gelände, so lautete der Einwand, sei Steinbrück nicht präsentabel genug. Zu seiner Zeit als Finanzminister sei er nicht durch übermäßiges diplomatisches Geschick aufgefallen, hieß es.

Auf Merckels Liste stand auch der Name des früheren Bundesbank-Chefs Axel Weber. Der verfügt über reichlich Erfahrung in der internationalen Finanzpolitik und genießt einen ausgezeichneten Ruf als Wissenschaftler. Doch seit er den Chefposten bei der Europäischen Zentralbank

(EZB) ausschlug, ist er bei Merkel in Ungnade gefallen. Bloß der nicht, lautet ihr Credo und auch das des Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU).

In EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark sahen Merkel und ihre Getreuen ebenfalls eine „sehr interessante Möglichkeit“. Der Zentralbanker gilt als sattelfest in ökonomischen Themen und als durchsetzungsfähig. Doch Starks Qualitäten sind zugleich sein größtes Problem. Merkel hätte große Schwierigkeiten, gleichwertigen Ersatz für den renommierten Finanzexperten im Direktorium der Frankfurter Notenbank zu finden.

Zu polterig, zu renitent, zu schlau – als Merkel am vergangenen Donnerstag mit dem luxemburgischen Premier und Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker telefonierte, versuchte sie deshalb erst gar nicht, einen deutschen Kandidaten ins Spiel zu bringen. Stattdessen sprach sie sich für die Bewerberin Frankreichs aus, womit sie Juncker die Arbeit wesentlich erleichterte. Der erfahrene Europapolitiker konnte umgehend vor die Mikrofone treten und verkünden, Christine Lagarde sei eine „ideale Kandidatin“.

Es war nicht das erste Mal, dass Merkel das Rennen um einen internationalen Top-Job frühzeitig aufgab. Immer wieder endeten in den vergangenen Jahren ihre Versuche, einen wichtigen Posten in Brüssel, New York oder Frankfurt zu besetzen, als Flops. Mal fand sie keinen geeigneten Bewerber, mal verloren ihre Kandidaten die Lust, mal hatten sie das falsche Parteibuch.

Hartnäckig versuchte sie im vergangenen Jahr, den früheren Bundesbank-Chef Axel Weber auf den wichtigen Job des Präsidenten der EZB zu befördern. Die Personalie sollte helfen, das Verständnis der Deutschen für die Kosten der Euro-Rettung zu befördern.

Doch dann zögerte Merkel, sich rechtzeitig für ihren Schützling auszusprechen; Weber fühlte sich als Schachfigur missbraucht und bereitete der Kanzlerin mit seinem Rücktritt eine der schlimmsten Niederlagen ihrer Amtszeit. Nun dürfen künftig der Italiener Mario Draghi und der Portugiese Vítor Constâncio den Deutschen erklären, warum weitere Milliarden an Steuergeldern in den Süden der Gemeinschaft gelenkt werden müssen.

Auch bei der jüngsten Neuordnung der Brüsseler EU-Kommission schnitten die Deutschen schlecht ab. Merkel hätte die Chance gehabt, in Brüssel einen der wichtigen Kommissionsposten zu besetzen. Es hätte auch geeignete Kandidaten gegeben. Allerdings passten diese nicht in das innenpolitische Kalkül der Kanzlerin.

Für den neu geschaffenen Posten eines Hohen Vertreters für die Außenpolitik wäre der frühere Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Frage gekommen. Er genießt im Ausland eine hohe

# Dominanz des alten Westens

Der neue Chef des Internationalen Währungsfonds wird wohl wieder aus Europa kommen – entgegen früheren Zusagen.

Die Forderungen der künftigen Weltmacht wurden charmant vorgetragen. Im adretten Kostüm und akkurat frisiert erhob Jiang Yu, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, die Ansprüche Chinas gegenüber dem Westen.

Die Wahl des neuen geschäftsführenden Direktors beim Internationalen Währungsfonds (IWF) müsse nach den Grundsätzen der „Gerechtigkeit, Transparenz und Leistung“ erfolgen“, erklärte sie. Und weiter: „Grundsätzlich glauben wir, dass die Schwellen- und Entwicklungsländer in den Spitzenpositionen vertreten sein sollten.“

In den Hauptstädten der westlichen Welt wurde der Auftritt der jungen Frau aufmerksam verfolgt. Wenn die Chinesen einen der Ihren auf den Chefposten in Washington hieven wollten, warum schickten sie dann kein politisches Schwergewicht vor? Warum brachten sie nicht gleich einen eigenen Kandidaten ins Spiel?

Kein Zweifel, so interpretierten Regierungsbeamte in Berlin, Paris und London die Bilder und Worte aus Peking, die Chinesen verzichten auf einen eigenen Kandidaten für den IWF-Chefposten. Sie möchten zwar künftig mehr Einfluss und Mitsprache in der wichtigen internationalen Behörde, aber den Chef wollen sie dann doch nicht stellen.

Der Weg wäre also frei für die gewohnte Kandidatenkür. Wieder könnte wohl ein Europäer den Weltwährungsfonds führen. So soll es sein, so soll es bleiben – zumindest wenn es nach den Wünschen der Europäer geht.

Ganz anders als in China hatte Europas erste politische Garde keinerlei Hemmungen, sofort eigene Ansprüche zu reklamieren. Kanzlerin Angela Merkel meldete sich zu Wort, ebenso Italiens Premierminister Silvio Berlusconi und auch Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker.

Es störte sie nicht, dass sie noch vor vier Jahren bei der Wahl Dominique Strauss-Kahns zum IWF-Vorsteher ganz anders geklungen hatten. „Strauss-Kahn wird voraussichtlich der letzte Europäer sein, der auf absehbare Zeit IWF-Chef wird“, hatte Juncker damals gesagt. Kollegen hatten sich ähnlich vernehmen lassen, darunter der damalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück (SPD).



Finanzprofis Strauss-Kahn, Lagarde: Vorteil Frau, Nachteil Pass

Es sei an der Zeit, dass die aufstrebenden Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien zum Zuge kommen, hatten sie zwar früher treuherzig erklärt. Mittlerweile aber bereuen die Europäer ihren Verzicht auf den Erbhof.

Das Umdenken hat mit der Euro-Krise zu tun. Früher musste der IWF vor allem in entfernten Weltgegenden tätig werden, er eilte zu Hilfe, als Argentinien pleite war oder die asiatischen Tigerstaaten Probleme bekamen.

Doch zurzeit ist der IWF mitten in Europa aktiv. Er unterstützt die Griechen und kontrolliert, ob sie die geforderten Einsparungen tatsächlich umsetzen. Auch die Rettungspakete für Irland und Portugal finanziert die Washingtoner Organisation mit. In der Krisenstrategie der Euro-Länder spielt sie eine

wichtige Rolle. Die Europäer wollen deshalb auch weiterhin einen kurzen Draht zur Spitze des IWF besitzen.

Die Maßgabe heißt deshalb: Der neue Chef der Organisation soll jemand sein, der die Sorgen und Nöte der Währungsunion kennt und versteht, am besten aus eigener Anschauung.

Als aussichtsreichste Aspirantin entpuppt sich inzwischen Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde. Ende vergangener Woche sondierten Spitzenpolitiker der Euro-Zone in zahllosen Telefonaten die Personalie. Lagarde erhielt große Zustimmung – auch von der deutschen Regierung.

Allerdings vertritt die Französin in wesentlichen Fragen eine andere Meinung als Kanzlerin Angela Merkel: Sie sprach sich vehement gegen eine Umschuldung Griechenlands aus, und in einer Transferunion, in der die reichen Euro-Länder dauerhaft für die ärmeren zahlen, kann sie nichts Schlechtes erkennen.

Als Lagardes größter Nachteil gilt jedoch ihr französischer Pass. Seit 1963 bestimmten in 36 Jahren Franzosen die Geschichte des IWF. Ihr Vorteil: Sie wäre die erste Frau an der Spitze der Organisation.

Europa wird keine Schwierigkeiten bekommen, seine Ansprüche auch durchzusetzen. Die Union hält 32 Prozent der Stimmrechte, zusammen mit den USA, die 16,7 Prozent besitzen, verfügt sie über eine komfortable Sperrminorität (siehe Grafik). Gegen sie läuft nichts. Dennoch wird die Kür nicht so einfach wie früher. Chinesen, Brasilianer und Inder sind selbstbewusster geworden. Für die Wahl eines Europäers werden sie eine Gegenleistung fordern.

Auf die Unterstützung der Amerikaner hingegen ist Verlass. Seit Jahrzehnten gilt die Absprache, dass die Europäer den Chef des IWF stellen, die Amerikaner im Gegenzug den Spitzenposten bei der Weltbank. Beide sorgten stets dafür, dass die in ihrem Sinne richtigen Kandidaten die Mehrheit bekamen.

Das traditionelle Koppelgeschäft sahen die Amerikaner durch den voreiligen Verzicht gefährdet. Wenn die Europäer ihren Anspruch beim IWF aufgaben, dann würde auch ihr Erbhof wackeln. Strauss-Kahns vorzeitiger Ab-

gang gibt ihnen jetzt noch einmal die Gelegenheit, die alten Verhältnisse wiederherzustellen.

Für die Dominanz des alten Westens in beiden Institutionen sprechen neben der Eigentümerstruktur aber auch die wirtschaftlichen Verhältnisse: USA und EU vereinigen noch immer fast die Hälfte des weltweiten Sozialprodukts auf sich. Die Schwellenländer holen zwar auf, aber noch fällt ihr Gewicht deutlich geringer aus.

Die Europäer setzen darauf, dass sich Schwellen- und Entwicklungsländer nicht schnell genug auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können. Das Such- und Findungsverfahren ist in der keineswegs homogenen Gruppe, anders als bei Amerikanern und Europäern, noch nicht eingespielt. Zudem ist völlig offen, ob beispielsweise die Chinesen den Indern den prestigeträchtigen Job gönnen. Dabei hätte der Subkontinent mit Montek Singh Ahluwalia, dem stellvertretenden Chef seiner Planungsbehörde, einen durchaus vorzeigbaren Kandidaten im Angebot.

Immer wieder genannt wird auch Mexikos Zentralbankchef Agustín Carstens. Der an der Universität von Chicago ausgebildete Ökonom gilt im Lager der Schwellenländer aber als zu amerikanisch. Hohes Ansehen genießt auch Kemal Derviş, früherer Wirtschafts- und Finanzminister der Türkei. Seine Reformen legten den Grundstein für den lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung in dem Land. Derviş ist der geborene Kompromiss-Kandidat. Er wuchs in Westeuropa auf und hat eine deutsche Mutter.

Unwahrscheinlich ist, dass sich die Schwellenländer auf einen dieser Kandidaten einigen, denn zumindest China verfolgt eigene Pläne. Das größte und mächtigste Schwellenland würde sich mit einem Posten des Vizechefs zufriedengeben, vorerst zumindest. Einnehmen könnte die Stelle Zhu Min. Er diente bislang schon als Berater beim IWF.

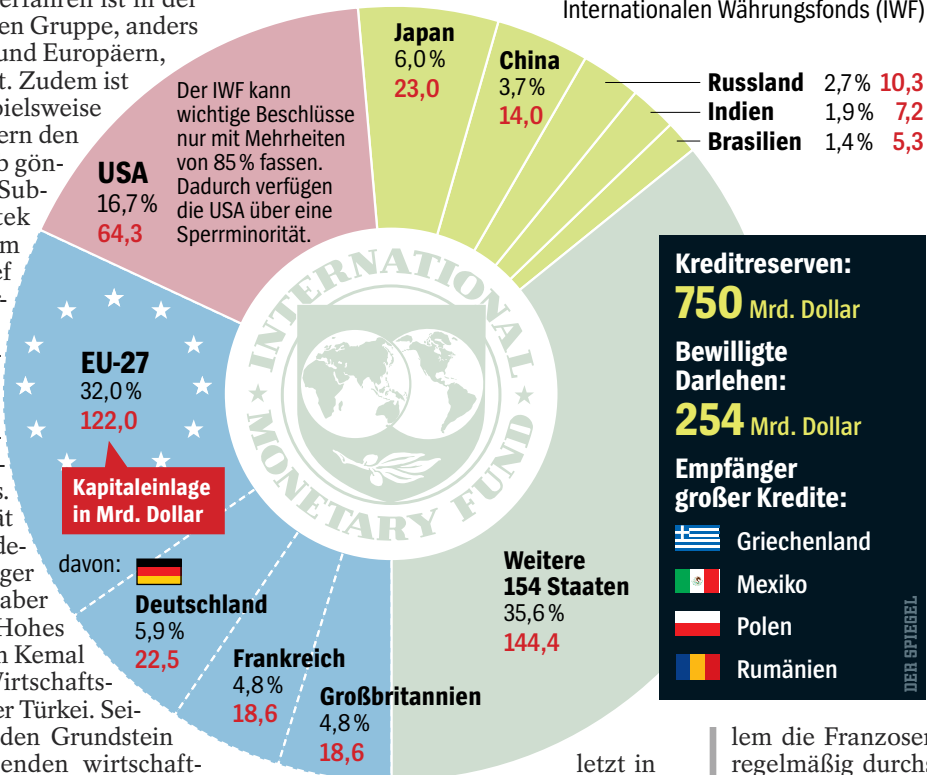
Gleichgültig, wer am Ende das Rennen für sich entscheidet, auf den neuen Chef warten große Herausforderungen – und große Fußstapfen. Denn trotz seines bizarren Abgangs hat Dominique Strauss-Kahn in Washington viel erreicht.

Bei seinem Amtsantritt übernahm der Franzose einen überdimensionierten Apparat, der aus der Zeit gefallen zu sein schien. Sein Mitarbeiterstab war von Selbstzweifeln geplagt, weil dem IWF die Aufgaben verlorenzugehen drohten.

Strauss-Kahn organisierte um, baute Personal ab und gab dem Rest neues Selbstbewusstsein. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise hatte der IWF endlich auch wieder einen Job. Im Stile einer Feuerwehr halfen Strauss-Kahns Leute überall dort, wo Länder in Finanznöte gerieten, von Island bis Indonesien, zu-

## Globale Feuerwehr

Stimmenanteile der Mitgliedstaaten des Internationalen Währungs fonds (IWF)



Der IWF kann wichtige Beschlüsse nur mit Mehrheiten von 85% fassen. Dadurch verfügen die USA über eine Sperrminorität.

Kapitaleinlage in Mrd. Dollar

davon:



Deutschland

5,9%

22,5

Frankreich

4,8%

18,6

Großbritannien

4,8%

18,6

Kreditreserven:

750 Mrd. Dollar

Bewilligte Darlehen:

254 Mrd. Dollar

Empfänger großer Kredite:



Griechenland



Mexiko



Polen



Rumänien

DER SPIEGEL

Griechenland und Irland. Mit den Aufgaben wuchs die Bedeutung. Der IWF-Chef nimmt mittlerweile wie selbstverständlich teil an den Treffen der G-20-Staaten, dem Zusammenschluss der Industrie- und Schwellenländer.

Dennoch kann sich Strauss-Kahns Nachfolger nicht zurücklehnen und die neue Bedeutung genießen. Er (oder sie) muss den geordneten Rückzug des IWF organisieren, sobald die Krise überwunden ist. Gleichzeitig muss er darauf achten, dass die widerstreitenden Ansprüche von Schwellen- und Industrieländern den Apparat nicht lähmen.

Nicht zuletzt muss er dafür sorgen, dass sein Nachfolger dann wirklich der Vertreter eines Schwellenlandes ist.

CHRISTIAN REIERMANN

Reputation, die Partner hätten ihn kaum ablehnen können. Aber Steinmeier ist Sozialdemokrat und kam daher für Merkel nicht in Frage. Den Job ergatterte die Britin Catherine Ashton.

Auch für das wichtige Währungsressort setzte sich Merkel nicht ein. Hätten es die Deutschen beansprucht, die anderen EU-Mitgliedstaaten hätten sich kaum weigern können. Stattdessen erhielt Merks Parteifreund Günther Oettinger die Zuständigkeit für das Thema Energie. Das ist kein unwichtiges Thema, aber der Energiekommissar ist keine der Spitzenpositionen in Brüssel.

Doch darauf kam es Merkel gar nicht an. Die Kanzlerin wollte vor allem ihren Parteifreunden in Baden-Württemberg einen Gefallen tun. Die wollten ihren erfolgreichen Ministerpräsidenten Oettinger loswerden. Kein Wunder, dass die Deutschen am Ende des Brüsseler Postengeschachers schlecht aussahen. Der Posten des EU-Ratspräsidenten etwa fiel an den Belgier Herman Van Rompuy. Und die baden-württembergische CDU verlor die nächste Wahl.

Andere Regierungen gehen wesentlich strategischer vor, wenn es um die Besetzung internationaler Spitzenjobs geht. In Europa sind es vor allem

die Franzosen, die ihre Kandidaten regelmäßig durchsetzen. Bis zur vergangenen Woche wurden drei der wichtigsten internationalen Organisationen von Franzosen geleitet: Dominique Strauss-Kahn (IWF), Pascal Lamy (Welthandelsorganisation) und Jean-Claude Trichet (Europäische Zentralbank). „Die Franzosen betreiben eine exzellente Personalpolitik, davon können wir Deutschen noch viel lernen“, sagt der FDP-Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff.

„Unsere Präsenz in internationalen Spitzenjobs entspricht nicht unserer Bedeutung“, sagt auch die Geschäftsführerin des Tönissteiner Kreises, Alexandra Heldt. Der Think-Tank war in den fünfziger Jahren von Wirtschafts- und Wissenschaftsverbänden gegründet worden, um in Deutschland internationalen Führungsnachwuchs auszubilden. Doch derzeit ist der einzige Deutsche in einer internationalen Top-Position der Chef der Osteuropabank, Thomas Mirow. „Wir haben

über die letzten 20 oder 30 Jahre keine nachhaltige Personalpolitik betrieben“, sagt Heldt.

Ein Grund ist, dass bei den Franzosen, anders als in Deutschland, das Parteibuch nicht so eine große Rolle spielt. Strauss-Kahn, Lamy und Trichet sind allesamt Sozialisten, wurden aber von einem gaulistischen Präsidenten ins Amt gehoben.

Frankreichs strategische Personalpolitik bringt beträchtliche Vorteile, wie das Beispiel des ehemaligen Europa- und Außenministers Michel Barnier zeigt. Der erfahrene Politikprofi übernahm beim jüngsten EU-Revirement das wichtige Binnenmarkt-Ressort, zum Nutzen der Grande Nation.

Ungeniert vertritt Barnier in Brüssel seither oft französische Positionen: So kämpft er im Auftrag seines Präsidenten für die Begrenzung der internationalen Preisspekulationen, wehrt sich in der Kommission mitunter gegen zu rigide Auflagen für Pleitekandidaten wie Griechenland und achtet darauf, dass französische Wirtschaftsinteressen bei internationalen Handelsgesprächen nicht zu kurz kommen.

Die Chancen stehen nicht schlecht, dass die Franzosen ihren Einfluss auch in der internationalen Finanzpolitik behalten. Setzt sich Finanzministerin Lagarde im Rennen um den IWF-Chefposten durch, sichert sich Paris eine Schlüsselposition im Poker um die Euro-Rettung. Von Griechenland bis Portugal ist der IWF an allen Hilfsaktionen gegen die Schuldenkrise beteiligt. Das Votum der Washingtoner Behörde hat Gewicht, zum Beispiel in der Frage einer Umschuldung Griechenlands, in der Deutschland und Frankreich unterschiedlicher Meinung sind.

Merkel dagegen hat es inzwischen weitgehend aufgegeben, bei internationalen Prestigeposten mitzubieten. Den Chefessel unbedingt mit einem Deutschen besetzen zu wollen sei altes Denken, heißt es im Kanzleramt. Wichtig sei, dass der Job an einen Europäer fällt.

Mittlerweile haben die Personalnöte sogar die unteren Ebenen des Regierungsapparats erfasst. Zwar setzte Merkel im vergangenen Jahr durch, dass ihr Europa-Abteilungsleiter Uwe Corsepius ab Juli Generalsekretär des EU-Rats wird. Ein schöner Coup, derzeit besetzt ein Franzose diesen einflussreichen Posten.

Doch nun darf sich Corsepius noch immer nicht auf seinen neuen Job vorbereiten. Zurzeit leitet er übergangsweise die Wirtschaftsabteilung im Kanzleramt, weil deren Chef Jens Weidmann zum Bundesbankpräsidenten befördert wurde.

Kürzlich bat Merkel Corsepius, auf den geplanten Urlaub zu verzichten und noch ein paar Wochen im Kanzleramt dranzuhängen. Der Grund: Sie hat noch keinen Nachfolger für Weidmann gefunden.

RALF NEUKIRCH, CHRISTIAN REIERMANN,  
MICHAEL SAUGA, CHRISTOPH SCHULT



CDU-Politikerin Schröder: „Potential zur Menschwerdung“

SPIEGEL-GESPRÄCH

## „Eine Frage der Nächstenliebe“

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, 33, über ihr Ja zu den umstrittenen Erbguttests an Embryonen und die bevorstehende Entscheidung des Bundestags in der Biopolitik

**SPIEGEL:** Frau Ministerin, wir haben drei Kardinäle und einen Erzbischof für ein Streitgespräch mit Ihnen zur Präimplantationsdiagnostik, der PID, angefragt. Bei keinem hat es geklappt. Haben die Kirchenvertreter Angst vor Ihnen?

**Schröder:** Das würde mich wundern. Ich kann bei diesem schwierigen Thema andere Haltungen ja auch gut nachvollziehen. Und an der intellektuellen Brillanz der Kirchenvertreter fehlt es ebenfalls nicht.

**SPIEGEL:** Vielleicht kommt es daher: Einerseits gelten Sie als Zögling des konservativen Unionsflügels. Andererseits wollen Sie Paaren erlauben, im Rahmen einer künstlichen Befruchtung Embryonen nach genetischen Kriterien auszuwählen, um beim Nachwuchs Krankheiten zu verhindern.

**Schröder:** Meine Position ist das Ergebnis eines längeren Abwägungsprozesses. Noch vor Jahren hätte ich anders geantwortet.

Da war ich fest davon überzeugt, dass jede befruchtete Eizelle bereits ein vollwertiger Mensch ist. Das würde eine PID ausschließen, denn dabei werden mehrere befruchtete Eizellen erzeugt, aber nur wenige tatsächlich der Mutter eingesetzt.

**SPIEGEL:** Was hat Sie umgestimmt?

**Schröder:** Hauptsächlich ein inzwischen schon klassisches Gedankenexperiment des Harvard-Philosophen Michael Sandel. Dabei geht es um die Frage, ob man aus einem brennenden Krankenhaus entweder 20 Embryonen in Petrischalen oder einen einzigen Säugling retten würde. Nicht immer liegt man mit seiner Intuition richtig, aber wer befruchtete Eizellen für vollwertige Menschenleben hält, der müsste die Auffassung vertreten, dass es ethisch richtig wäre, den Säugling liegen zu lassen und die befruchteten Eizellen zu retten.

**SPIEGEL:** Wie würden Sie dann Embryonen definieren?